

Lausanne, den 30.01.25

Positionspapier von Uniterre über die Umweltverantwortungsinitiative

Mit der Umweltverantwortungsinitiative wollen die Jungen Grünen der Wirtschaft einen Rahmen setzen, nämlich die Erneuerungsfähigkeit der Natur. "Wirtschaftliche Tätigkeiten dürfen nur so viele Ressourcen verbrauchen oder Schadstoffe freisetzen, dass die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben." (Art. 94a) heisst es im Initiativtext.

Neun planetare Grenzen werden in einem wissenschaftlich validierten Konzept aufgezeigt. Sechs davon werden von den Initiant*innen berücksichtigt: Klimawandel, Biodiversität, Stickstoff- und Phosphorkreislauf, Wasserverbrauch und Bodennutzung. Wie uns der Alltag zeigt, ist die landwirtschaftliche Welt zunehmend verwundbar, wenn diese Grenzen überschritten werden. Denken wir nur an extreme Wetterereignisse (Dürre, Hitzewellen, Überschwemmungen, ...), die zu geringeren Ernten führen, an den Verlust der Artenvielfalt, die für die landwirtschaftliche Produktion unerlässlich ist, oder an die Verbetonierung von Agrarland. Die Landwirtschaft als wesentlicher Teil der Wirtschaft und der Gesellschaft ist in zweierlei Hinsicht von den Themen dieser Initiative betroffen.

Auf der einen Seite tragen das Ernährungssystem und die Landwirtschaft aufgrund der Industrialisierung und der Anforderungen, denen sie unterworfen sind, de facto zur Überschreitung der planetaren Grenzen bei. Auf der anderen Seite ist die bäuerliche Landwirtschaft lösungsorientiert und kann zur Einhaltung dieser Grenzen beitragen, sofern sie angemessen begleitet wird und das Ernährungssystem als Ganzes betrachtet wird. Die Agrarindustrie, die grossen Detailhändler, die Verarbeiter, die Konsumentinnen und Konsumenten sowie der Bund durch die neue Agrarpolitik 2030+ tragen alle einen Teil der Verantwortung für diesen Übergang.

Uniterre kämpft für eine klima- und ressourcenschonende bäuerliche Landwirtschaft. Dafür müssen die Bäuerinnen und Bauern vor allem ein Einkommen erhalten, das ihnen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Dies geschieht durch Preistransparenz und eine Aufwertung der Produzentenpreise. Dazu gehören die Erleichterung der Übertragung landwirtschaftlicher Flächen von einer Generation auf die nächste, auch für Neueinsteiger*innen, die Erhaltung von Höfen in humaner Grösse sowie die Entwicklung und der Fortbestand der bäuerlichen Landwirtschaft. Der Bund oder die Kantone müssen unbedingt eine Struktur schaffen, die wirksam gegen Landgrabbing vorgeht, um das Hofsterben zu stoppen. Dies erfordert letztlich einen Gesellschaftsvertrag, um allen Menschen Zugang zu qualitativ hochwertigen Lebensmitteln zu ermöglichen.

Die Umweltverantwortungsinitiative ist eine Chance, einen tiefgreifenden, sozialverträglichen Systemwandel in Angriff zu nehmen. **Uniterre ist von der Notwendigkeit überzeugt, den Übergang zu einer Wirtschaft zu vollziehen, die ein gutes Leben für alle ermöglicht und nicht unsere Lebensgrundlagen zerstört. Wir rufen daher unsere Mitglieder auf, diese Initiative zu unterstützen.**

Die verschiedenen planetaren Grenzen, auf die die Initiative abzielt

(1) Klimawandel

Zusammen mit den Klimaanwältinnen sowie anderen Organisationen und Bauern und Bäuerinnen hat Uniterre eine Klage gegen den Bund wegen mangelnder Massnahmen im Bereich des Klimaschutzes eingereicht. Die unzureichende Handlung der Behörden in dieser Hinsicht trägt dazu bei, dass sich die Situation für die Schweizer Bäuerinnen und Bauern verschlechtert, die deshalb immer häufiger mit extremen Wetterereignissen (Hagel, Dürre, Überschwemmungen, Schädlinge) konfrontiert sind.

(2) Biodiversität

Im Rahmen des Ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN) wird von den Bäuerinnen und Bauern verlangt, einen Teil ihres Landes für Flächen zur Förderung der Biodiversität zu widmen. Gleichzeitig zerstört die eidgenössische Politik weiterhin die Zahl der Bauernhöfe, und die geforderte Produktivitätssteigerung erfolgt durch Spezialisierung, Mechanisierung und Vereinheitlichung der Praktiken, des Rhythmus und der Landschaften der Bauern und Bäuerinnen. Die auf Mischkulturen und Viehzucht basierende bäuerliche Landwirtschaft ist vielfältig und pflegt die Biodiversität. Der marktwirtschaftliche Rahmen muss in der Lage sein, ein auf lokalen Ressourcen basierendes Ernährungssystem zu gewährleisten. Die Forschung zu Pflanzenschutzmitteln muss verstärkt werden, um eine Produktion ohne Auswirkungen auf die Gesundheit und die natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.

(3) Stickstoff- und Phosphorkreisläufe

Der Übergang zu einem Ernährungssystem und einer Landwirtschaft, die auf einem geschlossenen Stickstoff- und Phosphorkreislauf basieren, kann nur durch eine erhebliche Aufwertung der Hofdünger und damit der bäuerlichen Produktion erreicht werden. Der Umgang mit organischen Abfallprodukten sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf einzelbetrieblicher Ebene bietet ein enormes Optimierungspotenzial, das leider nicht mit einer Deregulierung der Märkte und einem globalisierten Wettbewerb vereinbar ist. Die vom Bund ergriffenen Massnahmen sind im Wesentlichen technischer Art und Strafmassnahmen und verfehlen ihr Ziel.

(4) Nutzung des Bodens

Uniterre kämpft für die Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) angesichts der Verbetonierung des Landes. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat sich Uniterre gegen den Ausbau der Autobahnen positioniert, über den im November 2024 abgestimmt worden ist. Wenn wir die vor uns liegenden Herausforderungen meistern wollen, ist es von entscheidender Bedeutung, die derzeitige LN zu erhalten sowie die Fruchtfolgeflächen zu schützen. Die Böden müssen sowohl in ihrer Quantität als auch in ihrer Qualität erhalten bleiben! Letztendlich wird es darum gehen, einen Teil der urbanisierten Flächen wieder zu bepflanzen.

(5) Verbrauch von Wasser

Jeder neue Sommer bringt die schwierige Frage mit sich, wie die Landwirtschaft bei Trockenheit mit Wasser umgehen soll, sei es, um die Felder zu bewässern oder Wasser auf die Alpweiden zu bringen. In Zukunft könnte es zu Konflikten zwischen verschiedenen Interessen kommen, wenn diese Problematik nicht ernsthaft genug angegangen wird. Es muss eine politische Strategie für einen demokratischen Ansatz im Umgang mit Wasser entwickelt werden. Der Zugang zu Wasser, das für die Nahrungsmittelproduktion und die Deckung des Lebensbedarfs benötigt wird, muss ohne Diskriminierung gewährleistet werden.